



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

**Familie!zuerst.**



Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)

# Familie zuerst!

Deutschland auf dem Weg zur familienfreundlichen Gesellschaft

## „Familie zuerst!“ steht für eine Gesellschaft, die zusammenhält:

- für eine Gesellschaft, in der Familienwerte wie Verantwortung und Verlässlichkeit im Mittelpunkt stehen und in der unterschiedliche Familienmodelle akzeptiert sind.
- für eine Gesellschaft, die auch berufstätige Menschen dabei unterstützt, für ihre Familie da zu sein, und deren Arbeitswelt geprägt ist vom Respekt vor dem Familienleben.
- für eine Gesellschaft, in der Menschen es sich, wenn es darauf ankommt, leisten können zu sagen: „Familie steht für mich an erster Stelle.“
- für eine Gesellschaft, die Mut und Lust macht auf Familie und die Menschen dabei unterstützt, ihren Kinderwunsch Wirklichkeit werden zu lassen.
- für eine Gesellschaft, in der sich der Staat an den Bedürfnissen der Familie orientiert – nicht umgekehrt.
- für eine Gesellschaft, die Familien als tragfähigste Verantwortungsgemeinschaften wertschätzt, schützt und fördert.



Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)

# Inhaltsverzeichnis

## „Familie zuerst!“ meint familienpolitisch

Kinderwünsche und Karrierewünsche gleichzeitig zu ermöglichen. ....	7
Familien fördern, nicht Familienmodelle. ....	11
Eltern und Kinder stark zu machen und sie zu unterstützen. ....	13

## „Familie zuerst!“ meint seniorenpolitisch

die große Bereitschaft, in der Familie füreinander Verantwortung zu übernehmen, in politische Antworten auf die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen einzubeziehen. ....	15
den Zusammenhalt zwischen Jung und Alt zu stärken. ....	16
Menschen die Chance zu geben, so lange wie möglich im vertrauten, familiären Umfeld zu leben. ....	17

## „Familie zuerst!“ meint gleichstellungspolitisch

dass Zeit für Familie weder für Frauen noch für Männer berufliche Entwicklungschancen verhindert. ....	19
Unterstützung für die, die nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung wieder in den Beruf einsteigen wollen. ....	22
Frauen zu unterstützen, wenn die Familie damit alleine überfordert ist. ....	24

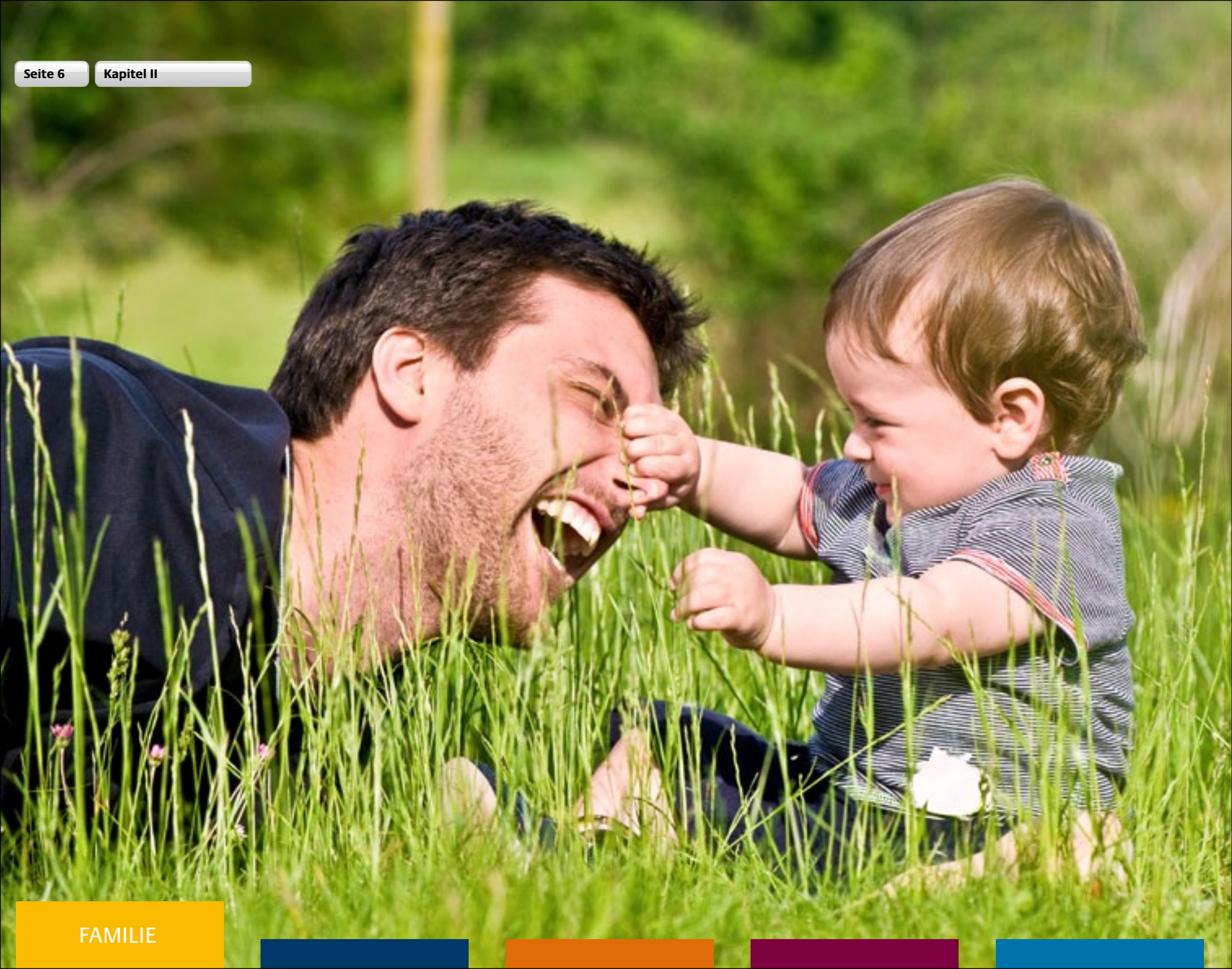
## „Familie zuerst!“ meint kinder- und jugendpolitisch

Familie als Motor fairer Chancen für Kinder und Jugendliche zu stärken. ....	27
die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu stärken. ....	28
Familien insbesondere zum Schutz der Kinder schon früh Hilfen zur Selbsthilfe zu geben, bevor der Staat zum Wohl der Kinder interveniert. ....	30

## „Familie zuerst!“ meint engagementpolitisch

die Bereitschaft der Menschen zu unterstützen, auch im Umfeld ihrer Familie füreinander da zu sein und Verantwortung zu übernehmen. ....	33
--	----





# „Familie zuerst!“ meint familienpolitisch ...

... Kinderwünsche und Karrierewünsche gleichzeitig zu ermöglichen.

Dazu geben wir Familien Zeit für Verantwortung.

## Elterngeld

Das Elterngeld gleicht Einkommensverluste weitgehend aus, wenn Mütter oder Väter im ersten Jahr nach der Geburt eine berufliche Auszeit für ihr Neugeborenes nehmen wollen. Das Elterngeld ist also keine „Gebärprämie“, sondern es schenkt jungen Familien einen zeitlichen und finanziellen Schonraum, um füreinander da zu sein, und erleichtert Müttern und Vätern die Entscheidung für ein Kind. Eltern Zeit für Verantwortung zu geben und die partnerschaftliche Beteiligung der Väter an der Fürsorge ihrer Kinder zu fördern, ist der doppelte gesellschaftspolitische Gestaltungsanspruch des Elterngelds. Mittlerweile nimmt fast jeder vierte Vater das Elterngeld in Anspruch (Stand: Mai 2010).

Dazu fördern wir eine Arbeitswelt, in der sich Beruf und Familie vereinbaren lassen.

## Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“

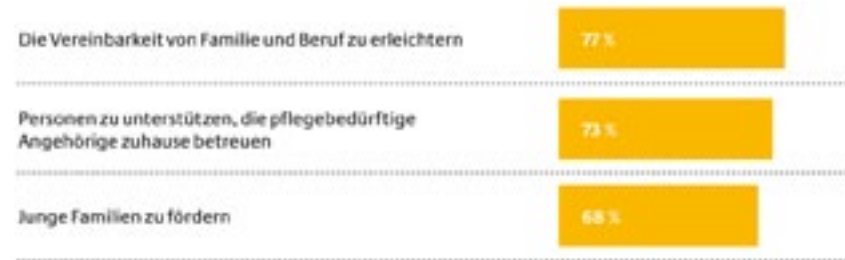
Die Strukturen unserer Arbeitswelt, insbesondere die Arbeitszeiten, spielen als Taktgeber für den Alltag von Familien eine zentrale Rolle für die Qualität des Familienlebens und die Zufriedenheit von Eltern. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem DIHK im Herbst 2010 die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ ins Leben gerufen. Damit wollen wir Arbeitgeber motivieren, mehr familienfreundliche Arbeitszeitmodelle anzubieten. Die Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Inzwischen haben wir gemeinsam mit der Bundeskanzlerin und zahlreichen Spitzenvertretern aus der Wirtschaft im Februar 2011 die „Charta für familienbewusste Arbeitszeiten“ verabschiedet.

Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)



### Erwartungen an die Familienpolitik

Wofür sollte sich ein Familienpolitiker zurzeit Ihrer Meinung nach besonders einsetzen?



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach: Monitor Familienleben 2010

### „Erfolgsfaktor Familie“

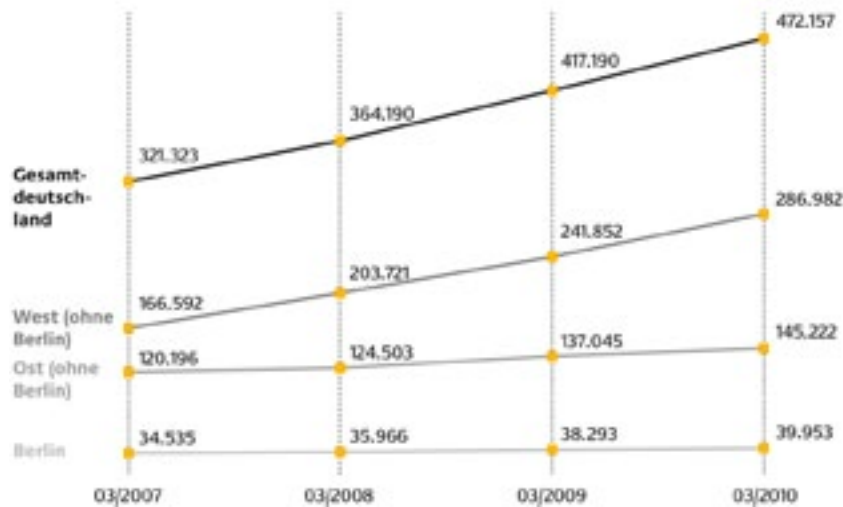
Mit dem Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ unterstützen wir Unternehmen bei der Entwicklung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft machen. Studien zeigen: Für 90% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Kindern ist Familienfreundlichkeit bei der Arbeitgeberwahl ein ebenso wichtiges Kriterium wie die Höhe des Gehaltes (GfK 2010).

Dazu schaffen wir Betreuungsangebote, damit Familien ihr persönliches Familienmodell leben können.

### Ausbau der Kinderbetreuung

Berufstätige Eltern wollen ihre Kinder in guten Händen wissen, während sie arbeiten. Deshalb gibt es ab 2013 einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Der Bund investiert dazu vier Milliarden Euro in den Ausbau und die Qualität des Betreuungsangebots für unter Dreijährige und unterstützt die Länder auch bei den Betriebskosten. Der Bund steht zu seiner Zusage. Dieses Geld wurde von allen notwendigen Sparbemühungen ausgenommen.

### Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege



Quelle: Statistisches Bundesamt

### KiföG-Bericht

Der Zweite Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) von Mai 2011 zeigt, dass unser Ausbauziel von 750.000 Betreuungsplätzen bis 2013 erreicht werden kann (ca. 38%). Der Bedarf liegt nach der aktuellen AID:A-Studie des Deutschen Jugendinstitutes bei 39%. Unser Ziel können wir jedoch nur erreichen, wenn die Länder ihren Verpflichtungen beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote ebenfalls nachkommen und die Kommunen unterstützen.

### Lokale Bündnisse für Familie

Mit den Lokalen Bündnissen für Familie nehmen wir aktuell die Bedürfnisse der berufstätigen Eltern von Schulkindern in den Blick. Die meisten der 655 lokalen Netzwerke aus Partnern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln Betreuungskonzepte, die genau auf die speziellen Bedürfnisse von Eltern mit Schulkindern zugeschnitten sind und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen. Mitte Mai 2011 haben die Lokalen Bündnisse bei ihrem Aktionstag an über 400 Orten in Deutschland ihre Aktivitäten zu diesem Thema präsentiert.

Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)



Dazu brauchen Familien Unterstützung, die ihren Kinderwunsch möglich macht.

### Kinderwünsche von Paaren unterstützen

Fast jedes zehnte Paar zwischen 25 und 59 Jahren ist ungewollt kinderlos. Wir wollen Frauen und Männern helfen, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Dazu gehört die Frage der Kostenübernahme reproduktionsmedizinischer Behandlung, über deren Verbesserung wir mit allen Beteiligten, darunter den Ländern, beraten werden. Neben einer besseren finanziellen Unterstützung denken wir auch an andere konkrete Maßnahmen, wie die Erleichterung der Adoption oder die Verbesserung der psychosozialen Beratung bei unerfülltem Kinderwunsch.



Viele Frauen mit Kinderwunsch, die Probleme haben oder hatten, schwanger zu werden, haben bereits reproduktionsmedizinische Hilfe in Anspruch genommen.

(Anteile der befragten Frauen zwischen 25 und 59 in Prozent)

#### Frauen mit aktuellem Kinderwunsch



#### Frauen mit früherem Kinderwunsch



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, IfD-Archiv 5217

Gut ein Drittel der Frauen, die sich derzeit vergeblich Kinder wünschen, war schon bei einem Kinderwunschzentrum oder bei einem Facharzt für Reproduktionsmedizin. Bei den Frauen mit früherem Kinderwunsch hat mehr als die Hälfte diesen Schritt unternommen.

# „Familie zuerst!“ meint familienpolitisch ...

... Familien fördern, nicht Familienmodelle.


Dazu brauchen Familien – neben Zeit und Infrastruktur – auch finanzielle Förderung.

## **Kindergeld und Freibeträge für Kinder**

Deshalb haben wir das Kindergeld Anfang 2010 deutlich erhöht. Das Kindergeld stieg ab Januar 2010 für das erste und zweite Kind monatlich von 164 Euro auf 184 Euro, für das dritte Kind von 170 Euro auf 190 Euro und für alle weiteren Kinder von 195 Euro auf 215 Euro. Die Freibeträge für Kinder wurden ebenfalls erhöht – von zusammen 6.024 Euro auf 7.008 Euro.

## **Unterhaltsvorschuss**

Zur Unterstützung von Alleinerziehenden und ihren Kindern haben wir den monatlichen Unterhaltsvorschuss zum 1. Januar 2010 angehoben: für Kinder von null bis fünf Jahren von 117 Euro auf 133 Euro und für Kinder von sechs bis elf Jahren von 158 Euro auf 180 Euro. Unterhaltsvorschuss wird gezahlt, wenn das Kind unter zwölf Jahre alt ist, bei seinem alleinerziehenden Elternteil wohnt und keinen oder keinen regelmäßigen Unterhalt vom anderen Elternteil erhält.



Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)

### Neues Bildungs- und Teilhabepaket bei Kinderzuschlag

Rückwirkend zum 1. Januar 2011 wurden neue Leistungen für Bildung und Teilhabe eingeführt. Kinder und Jugendliche, deren Eltern den Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten, können zukünftig folgende Leistungen erhalten:

- eintägige Schul- und Kitaausflüge
- mehrtägige Klassenfahrten
- Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf
- Beförderung zur Schule
- angemessene Lernförderung
- Zuschuss zu einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung
- Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft

Gleiches gilt für Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) oder SGB XII (Sozialhilfe) beziehen. Der Kinderzuschlag in Höhe von bis zu 140 Euro für jedes Kind unterstützt Familien mit niedrigem Erwerbseinkommen unabhängig von Leistungen des Arbeitslosengeldes II.

### Familienunterstützende Dienstleistungen

Wir wollen Familien entlasten und das Familienleben besser vereinbar mit dem Berufsleben machen. Familien mit kleineren und mittleren Einkünften sollen deshalb familienunterstützende Dienstleistungen besser nutzen können. Deshalb prüfen wir derzeit eine finanzielle Förderung auf Basis von Gutschein- und Guthabenmodellen.

(Siehe auch haushaltsnahe Dienstleistungen für Wiedereinsteigerinnen, Seite 22)



## „Familie zuerst!“ meint familienpolitisch ...

... Eltern und Kinder stark zu machen und sie zu unterstützen.

Dazu unterstützen wir Familien in Bildungsfragen.

### Neues Programm „Elternchance ist Kinderchance“

Die meisten Eltern legen großen Wert auf gute Bildung für ihre Kinder. Was manchen Eltern fehlt, ist das nötige Wissen, wie sie ihre Kinder unterstützen können. Das neue Programm „Elternchance ist Kinderchance“, das wir im Mai 2011 gestartet haben, hilft Eltern dabei. Dazu werden bis zu 4.000 Fachkräfte, die bereits in der Familienbildung und Erziehungsarbeit tätig sind, zu Elternbegleitern weiterqualifiziert. Sie stehen insbesondere bildungsfernen Familien und Migrantenfamilien mit fachkundigem Rat zur Bildung und Entwicklung ihrer Kinder als Ansprechpartner zur Seite – zum Beispiel in Familienbildungsstätten, in Mehrgenerationenhäusern oder in Eltern-Kind-Zentren.



Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)



## „Familie zuerst!“ meint seniorenpolitisch ...

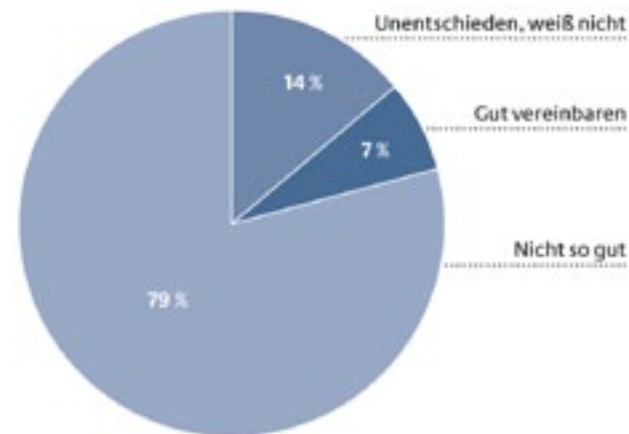
... die große Bereitschaft, in der Familie füreinander Verantwortung zu übernehmen, in politische Antworten auf die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen einzubeziehen.

Dazu geben wir Menschen Zeit, Verantwortung für ihre Angehörigen zu übernehmen.

### Familienpflegezeit

Es gibt einerseits eine breite Mehrheit in unserem Land, die gerne bereit ist, für ihre Angehörigen da zu sein, wenn diese ihre Hilfe am meisten brauchen. 91% der Berufstätigen finden es daher wichtig, die Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenpflege zu erleichtern. Und es gibt andererseits eine stetig wachsende Zahl älterer Menschen, die – so lange es nur geht – in ihrer gewohnten Umgebung bei ihrer Familie bleiben wollen. 80% der älteren Menschen mit Pflege- und Hilfebedarf wollen zu Hause alt werden. Genau das ist der familiäre Zusammenhalt zwischen den Generationen, den wir unserer Gesellschaft auch für die Zukunft nur wünschen können: Menschen, die sich aufeinander verlassen und die sich gegenseitig unterstützen. Diesen Ansatz verfolgt die Familienpflegezeit. Deshalb hat das Bundeskabinett im März 2011 das von uns vorgelegte Familienpflegezeitgesetz beschlossen, das die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ermöglicht.

„Wie ist Ihr Eindruck: Lassen sich bei uns in Deutschland Pflege und Beruf alles in allem gut miteinander vereinbaren oder nicht so gut?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Berufstätige im Alter von 25 bis 59 Jahren  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5285

Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)

# „Familie zuerst!“ meint seniorenpolitisch ...

... den Zusammenhalt zwischen Jung und Alt zu stärken.

Dazu brauchen wir zeitgemäße Bilder vom Alter.

## **Altersbilder**

Viele Menschen verbinden das Alter immer noch mit Krankheit und Pflegebedürftigkeit – das zeigt der 6. Altenbericht der Bundesregierung. Doch gerade die sogenannten jungen Alten können und wollen sich mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen mehr als bisher in die Gesellschaft einbringen. Mit dem Programm Altersbilder zeigen wir die neuen Perspektiven und Chancen, die ältere Menschen in unserer Gesellschaft heute haben. Wir fördern den Dialog zwischen Menschen jeden Alters, um gegenseitiges Verständnis zu wecken, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Dazu brauchen Familien Orte, wo alle Generationen sich einbringen können.

## **Mehrgenerationenhäuser II**

Mehrgenerationenhäuser bilden eine Brücke zwischen den Generationen und bieten Angebote für die ganze Familie. Darum wird das Bundesfamilienministerium die Mehrgenerationenhäuser mit dem neuen Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser II“ weiterentwickeln zu Knotenpunkten für bürgerschaftliches Engagement, wo Alt und Jung sich auch im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes engagieren können.

(Siehe auch Bundesfreiwilligendienst, Seite 33)

## „Familie zuerst!“ meint seniorenpolitisch ...

... Menschen die Chance zu geben, so lange wie möglich im vertrauten, familiären Umfeld zu leben.

Dazu fördern wir seniorengerechtes Wohnen

### „Zuhause im Alter – Soziales Wohnen“

Die meisten Menschen wünschen sich, so lange wie möglich im vertrauten, familiären Umfeld zu leben. Mit dem Programm „Zuhause im Alter – Soziales Wohnen“ unterstützen wir diesen Wunsch und widmen uns insbesondere vier Themenbereichen:

- der Qualifizierung des Handwerks für altersgerechtes Bauen
- der Stärkung der Nachbarschaftshilfe
- der Förderung sozialer Dienstleistungen
- der Unterstützung selbstständigen Wohnens durch intelligente Technik



Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)





# „Familie zuerst!“ meint gleichstellungspolitisch ...

... dass Zeit für Familie weder für Frauen noch für Männer berufliche Entwicklungschancen verhindert.

Dazu müssen wir die Unternehmenskultur und Strukturen unserer Arbeitswelt weiterentwickeln.

## Stufenplan „Frauen in Führungspositionen“

Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern im Berufsleben erfordert Maßnahmen, die bei den Ursachen schlechterer Aufstiegschancen von Frauen ansetzen und dabei zwischen den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in verschiedenen Branchen und Unternehmen differenzieren. Auf diesen Prämissen beruht unser Stufenplan für mehr Frauen in Führungspositionen, den wir federführend erarbeitet haben und der den öffentlichen Dienst einbezieht.

## Die FlexiQuote

Der Stufenplan sieht unter anderem vor, dass Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden, sich selbst ein Ziel für den Frauenanteil in Führungspositionen zu setzen (die sogenannte FlexiQuote), dieses transparent zu machen und regelmäßig über Fortschritte auf dem Weg zum selbst gesteckten Ziel zu berichten. Für den Fall, dass Unternehmen ihr Ziel nicht erreichen, sind Sanktionen vorgesehen. Die FlexiQuote ist ein modernes Instrument, das auf die Kraft der Transparenz und der öffentlichen Debatte setzt. Im März 2011 hat dazu ein Spitzengespräch „Frauen in Führung“ mit den Personalvorständen der DAX-30-Unternehmen stattgefunden, bei dem die Unternehmen sich freiwillig zur Veröffentlichung ihrer Zielvorgaben bereits im Jahr 2011 verpflichtet haben. Aktuelle Studien zeigen, dass wir mit unserem Weg richtig liegen: Weder wird eine einheitliche, vom Staat vorgegebene Quote den Unterschieden der Branchen und Unternehmen gerecht. Noch wird es den vorhandenen Problemen gerecht, ohne gesetzliche Regelung alleine auf Freiwilligkeit zu bauen.

Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)

## Faire Chancen für Frauen und Männer

Welche konkreten Themen gehören Ihrer Meinung nach dazu, wenn es um Geschlechtergerechtigkeit/faire Chancen für Männer und Frauen geht?

### Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung

Frauen: 98 %

Männer: 97 %

### Mehr Frauen in Führungspositionen

Frauen: 97 %

Männer: 80 %

Quelle: DELTA-Institut für Sozial- und Ökologieforschung, Juni 2011



Dazu unterstützen wir Männer, ihre Rolle in Familie und Gesellschaft selbst zu definieren.

### **Eigenständige Jungen- und Männerpolitik**

Eine zeitgemäße Familien- und Gleichstellungspolitik nimmt Frauen und Männer gleichermaßen in den Blick. Neben Frauenpolitik brauchen wir auch eine Männerpolitik, die es Männern ermöglicht, ihre Rolle abseits von Rollenklischees selbst zu definieren, und die auch danach fragt, welchen besonderen Unterstützungsbedarf Jungen heutzutage haben. Unterstützt wird der Aufbau einer zukunftsorientierten Jungen- und Männerpolitik durch einen „Beirat Jungenpolitik“. Dieser besteht aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Praktikern der Jungenarbeit. Als Experten in eigener Sache wurden auch sechs männliche Jugendliche in den Beirat berufen: Wir wollen mit den Jungs reden, nicht nur über sie!

### **Boys' Day**

Mit dem Jungen-Zukunftstag „Boys' Day“, der im April 2011 erstmals parallel zum „Girls' Day“ stattfand, unterstützen wir Jungen bei selbstbestimmten Entscheidungen abseits von Rollenklischees. Der erste bundesweite „Boys' Day“ gab Schülern ab der 5. Klasse Einblicke in unterschiedliche Berufe, die sie bislang eher selten in ihre Berufswahl einbezogen haben. Mehr als 90 Initiativen und über 34.000 Teilnehmer haben am Aktionstag mitgemacht. Der Jungen-Zukunftstag war damit auf Anhieb noch erfolgreicher als erhofft.

### **„MEHR Männer in Kitas“**

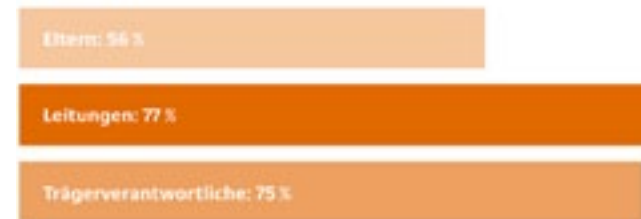
Wir wollen die Perspektiven bei der Berufswahl erweitern und es Kindern auch in den Kitas ermöglichen, weibliche und männliche Vorbilder zu erleben. Mit dem Programm „MEHR Männer in Kitas“ wollen wir deshalb mehr Männer für den Beruf des Erziehers begeistern. Im Rahmen des Programms werden 16 Modellprojekte mit mehr als 1.300 Einrichtungen in ganz Deutschland mit 13 Millionen Euro gefördert.

### **Mehr männliche Erzieher in Kitas**

Erwünschtheit von männlichen Pädagogen in Kitas:

„Stimme voll und ganz zu“

**Es ist wichtig, dass Kinder sowohl von männlichen als auch von weiblichen Erziehern betreut werden.**



Quelle: Männliche Fachkräfte in Kitas, Broschüre des BMFSFJ, April 2010

Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)

## „Familie zuerst!“ meint gleichstellungspolitisch ...

... Unterstützung für die, die nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung wieder in den Beruf einsteigen wollen.

Dazu unterstützen wir Wiedereinsteigerinnen.

### **Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ und der Wiedereinstiegsrechner**

Frauen und Männer, die nach einer längeren Familienphase wieder in den Beruf einsteigen wollen, brauchen passende Angebote. Wir wollen Frauen und Männer beim Wiedereinstieg in den Beruf unterstützen und ihnen faire Einkommensperspektiven eröffnen. Das Lotsenportal [www.perspektive-wiedereinstieg.de](http://www.perspektive-wiedereinstieg.de) hilft dabei, wichtige Informationen und Ansprechpartner in der Umgebung zu finden. Seit Mai 2011 steht dort auch der Wiedereinstiegsrechner zur Verfügung. Er hilft, den persönlichen wirtschaftlichen Vorteil eines Wiedereinstiegs in den Beruf zu berechnen.

### **Haushaltsnahe Dienstleistungen für Wiedereinsteigerinnen**

Frauen, die nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung wieder in ihren Beruf einsteigen, machen oft nebenbei noch den Haushalt. Wir wollen Frauen ihren beruflichen Wiedereinstieg erleichtern, ihnen faire Einkommensperspektiven eröffnen und sie dabei unterstützen, die Rückkehr in den Beruf erfolgreich zu meistern. Dazu brauchen sie zeitliche Entlastung, zum Beispiel durch verlässliche Angebote haushaltsnaher Dienstleistungen. Deshalb arbeiten wir daran, dass auch Familien mit kleineren und mittleren Einkünften, die in der Regel auf das Einkommen der Frau dringend angewiesen sind, haushaltsnahe Dienstleistungen in Zukunft besser nutzen können.

(Siehe auch familienunterstützende Dienstleistungen, Seite 12)

Dazu müssen wir Frauen und Männern faire Einkommensperspektiven ermöglichen.

### **Logib-D**

Mit dem Programm Logib-D ([www.logib-d.de](http://www.logib-d.de)) können Personalverantwortliche im Betrieb mögliche Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen identifizieren. Darüber hinaus bieten wir 200 Firmen eine kostenlose Beratung an, in der konkrete Ansatzpunkte für mehr Entgeltgleichheit entwickelt werden. Für Unternehmen haben wir ein Label entwickelt, mit dem sie sich als Arbeitgeber mit fairen Einkommensperspektiven für Frauen und Männer präsentieren können.

### **Equal Pay Day**

Wir unterstützen den Equal Pay Day, der auf Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aufmerksam macht. 2011 haben wir die Entgeltunterschiede zwischen Stadt und Land in den Mittelpunkt gestellt. Dabei haben wir eng mit dem Landfrauenverband zusammengearbeitet und unterstützen das Vorhaben, bundesweit „regionale Spezialistinnen“ zu schulen, die Frauen im ländlichen Raum beratend zur Seite stehen und Betriebe für die Chancen familienfreundlicher Personalpolitik sensibilisieren. Im weiteren Verlauf liegt für uns ein besonderer Schwerpunkt auf der Aufwertung sogenannter typischer Frauenberufe insbesondere in der Pflege und in der Erziehung.



Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)

GLEICHSTELLUNG

## „Familie zuerst!“ meint gleichstellungspolitisch ...

... Frauen zu unterstützen, wenn die Familie damit alleine überfordert ist.

Dazu helfen wir Frauen in Notlagen.

### **Vertrauliche Geburt**

Viele Frauen, die ihre Schwangerschaft verheimlichen oder verdrängen, befinden sich bei nahendem Geburtstermin in einer verzweifelten Notlage. Jahr für Jahr kommt es in Deutschland zu Kindsaussetzungen und Kindstötungen. Um Frauen und vor allem auch den Kindern in dieser Grenzsituation zu helfen, sind in den vergangenen zehn Jahren verschiedene Angebote – Babyklappen, Moseskörbchen, Angebote anonymer Geburt – entstanden. Die von uns in Auftrag gegebene Studie des deutschen Jugendinstituts, die im Herbst 2011 vorliegen wird, stellt diese Angebote und ihre Wirkung erstmals umfassend dar. Auf dieser Grundlage werden wir mögliche Rechtsgrundlagen einer vertraulichen Geburt prüfen.



### Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen

Frauen, die in Deutschland von Gewalt betroffen sind, brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Frauen aller Altersgruppen, Schichten und ethnischer Zugehörigkeiten den Zugang zum bestehenden Hilfesystem erleichtern. Deshalb richten wir ein zentrales bundesweites „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ ein, das ab Ende 2012 zur Verfügung stehen wird.



Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)





# „Familie zuerst!“ meint kinder- und jugendpolitisch ...

... Familie als Motor fairer Chancen für Kinder und Jugendliche zu stärken.

Dazu brauchen Familien dort Unterstützung, wo Eltern sich mit der Erziehung und Förderung ihrer Kinder überfordert fühlen.

## „Offensive Frühe Chancen“

Materielle Hilfen, eine familienunterstützende Infrastruktur und frühkindliche Bildungsangebote sind für das Aufwachsen gerade von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen unabdingbar. Deshalb haben wir die „Offensive Frühe Chancen“ gestartet, mit der wir durch eine frühe Hilfestellung die Zukunftschancen sozial benachteiligter Kinder verbessern möchten. Dazu werden wir von 2011 bis 2014 rund 400 Millionen Euro in bis zu 4.000 Schwerpunkt-Kitas zur Sprach- und Integrationsförderung investieren, damit dort Stellen für speziell im Bereich der sprachlichen Förderung qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher entstehen.

## Initiative JUGEND STÄRKEN

Benachteiligte Jugendliche und junge Migrantinnen und Migranten unterstützen wir beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf. Mit der Initiative JUGEND STÄRKEN setzen wir uns für benachteiligte junge Menschen ein, die von anderen Angeboten nicht mehr erreicht werden. Bundesweit gibt es insgesamt über 1.000 Standorte und damit ein inzwischen flächendeckendes Netzwerk an Angeboten für junge Menschen.

In unserem Modellprojekt „Aktiv in der Region“ verfolgen wir neue Ansätze zur Stärkung der kommunalen Jugendsozialarbeit in 35 Modellkommunen. Hier engagieren sich auch Unternehmen für benachteiligte Jugendliche, um ihnen beim Übergang in Ausbildung und Beruf eine Chance zu geben.

Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)

# „Familie zuerst!“ meint kinder- und jugendpolitisch ...

... die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Dazu helfen wir Kindern und Jugendlichen, sich im Netz selbst zu schützen.

## **Dialog Internet**

Im November 2010 hat das Bundesfamilienministerium den Dialog Internet gestartet. Ziel ist es, innovative Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, wie Kinder und Jugendliche die Chancen des Internets nutzen und dabei gegen Risiken geschützt werden können.

In einem transparenten und offenen Prozess diskutieren Expertinnen/Experten und Interessierte im Online-Dialogforum ([www.dialog-internet.de](http://www.dialog-internet.de)) und erarbeiten gemeinsam Vorschläge. Im Mai 2011 wurden erste Zwischenergebnisse vorgestellt. Die Handlungsempfehlungen werden im Herbst 2011 vorgestellt und anschließend schrittweise umgesetzt. Vor allem Jugendliche sollen in die Kommunikation mit der Politik einbezogen werden und sich mit eigenen Ideen beteiligen.

Dazu stärken wir demokratische Werte von Kindern und Jugendlichen.

## **TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN**

Das Bundesfamilienministerium stellt unter dem gemeinsamen Dach „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ 24 Millionen Euro im Jahr 2011 zur Verfügung und unterstützt damit lokale Aktionspläne, Modellprojekte und landesweite Beratungsnetzwerke gegen Rechts-Extremismus.

## **„Demokratie stärken“**

Mit der Initiative „Demokratie stärken“ haben wir Mitte des Jahres 2010 ein Programm ins Leben gerufen, das insbesondere präventiv gegen Linksextremismus und islamistischen Extremismus vorgeht. Dieses Programm wird 2011 mit fünf Millionen Euro gefördert.

## **Demokratieerklärung**

Ziel der Programme zur Extremismusprävention ist die Stärkung von Demokratie und Toleranz. Die gemeinsame Grundposition aller Mitwirkenden muss deshalb sein, sich zur freiheitlichen, demokratischen Grundordnung zu bekennen. Mit der von uns eingeführten Demokratieerklärung bestätigen die Programmträger, eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu gewährleisten.

Dazu schaffen wir eine eigenständige Jugendpolitik, die die Potenziale von Jugendlichen fördert.

### **Eigenständige Jugendpolitik**

Nicht nur die Kindheit, auch die Phase der Jugend braucht unsere besondere Aufmerksamkeit. Deshalb arbeiten wir intensiv an einer eigenständigen Jugendpolitik, die nicht nur auf Risikogruppen zugeschnitten ist, sondern die Bedürfnisse aller Jugendlichen in den Blick nimmt. Dazu fand unter anderem auf dem 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag ein Fachforum „Perspektiven und Chancen für eine eigenständige Jugendpolitik“ statt.



Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)

## „Familie zuerst!“ meint kinder- und jugendpolitisch ...

... Familien insbesondere zum Schutz der Kinder schon früh Hilfen zur Selbsthilfe zu geben, bevor der Staat zum Wohl der Kinder interveniert.

Dazu schützen wir Kinder und Jugendliche, die von Gewalt und Vernachlässigung bedroht sind.

### **Runder Tisch gegen sexuellen Missbrauch**

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt, Vernachlässigung oder Missbrauch hat für uns oberste Priorität. Nach Bekanntwerden zahlreicher Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs in kirchlichen und weltlichen Einrichtungen hat die Bundesregierung im März 2010 die Einrichtung des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich beschlossen ([www.rundertisch-kindesmissbrauch.de](http://www.rundertisch-kindesmissbrauch.de)). Ende 2011 wird ein Abschlussbericht mit den Ergebnissen der Arbeit vorgelegt. Erste Ergebnisse sind bereits in den Entwurf des neuen Bundeskinder-schutzgesetzes eingeflossen.

### **Unabhängige Beauftragte Sexueller Missbrauch**

Zur Aufarbeitung der Problematik in der Vergangenheit und zur Erarbeitung von sich daraus ergebenden Folgerungen für immaterielle und materielle Hilfen für die Opfer hat die Bundesregierung mit Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a.D., eine Unabhängige Beauftragte bestellt ([www.beauftragte-missbrauch.de](http://www.beauftragte-missbrauch.de)), die im Mai 2011 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Die erarbeiteten Vorschläge und Empfehlungen stellen eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch dar.



### **Bundekinderschutzgesetz**

Das Bundeskabinett hat den Entwurf zum Bundeskinderschutzgesetz im März 2011 beschlossen. Das neue Bundeskinderschutzgesetz basiert auf einem intensiven Austausch mit Fachleuten aus der Praxis und Wissenschaft, aus Ländern, Kommunen und Verbänden und greift wichtige Ergebnisse der Runden Tische „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ und „Sexueller Kindesmissbrauch“ auf. Es ist ein Meilenstein für einen aktiven, umfassenden und wirksamen Kinderschutz und soll im Januar 2012 in Kraft treten.

Es verbessert Prävention und Intervention in sechs Regelungsbereichen:

- gesetzliche Verankerung Früher Hilfen und bundesweiter Ausbau der Unterstützung durch Hebammen in den Familien nach der Geburt
- gesetzliche Grundlagen für eine bessere strukturelle Vernetzung im Kinderschutz auf der örtlichen Ebene
- größere Handlungs- und Rechtssicherheit für die Akteure im Kinderschutz
- Qualifizierung des staatlichen Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung
- gesetzliche Verankerung einer kontinuierlichen Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe
- Erweiterung der statistischen Datenbasis zum Kinderschutz

### **Nationales Zentrum Frühe Hilfen**

Familien und Kinder, die ihren Alltag unter schwierigen Bedingungen und Belastungen meistern, benötigen unsere ganz besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Deshalb fördern wir das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NFZH) ([www.fruehe-hilfen.de](http://www.fruehe-hilfen.de)). Aufgabe des NFZH ist es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort dabei zu unterstützen, Familien mit Problemen frühzeitig zu erreichen und ihnen passende Hilfe anzubieten – möglichst schon ab der Schwangerschaft. Dabei kommt Hebammen und Familienhebammen eine wichtige Mittlerfunktion im Netzwerk Frühe Hilfen zu. Das NFZH berät und unterstützt deutschlandweit mit Expertenwissen lokale und regionale Einrichtungen, die das Risiko von Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung minimieren.

### **Aktionsplan II zum Schutz von Kindern und Jugendlichen**

Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung werden wir in der zweiten Jahreshälfte 2011 den Aktionsplan II im Kabinett verabschieden. Erfolgreiche Teile des ersten Aktionsplans aus dem Jahr 2003 werden fortgeführt und weiterentwickelt. Darüber hinaus fließen Empfehlungen des Runden Tisches, Erfahrungen der Unabhängigen Beauftragten wie auch die Ergebnisse des Weltkongresses in Rio ein.

Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)



## „Familie zuerst!“ meint engagementpolitisch ...

... die Bereitschaft der Menschen zu unterstützen, auch im Umfeld ihrer Familie füreinander da zu sein und Verantwortung zu übernehmen.

Dazu brauchen wir attraktive Angebote, in denen Menschen aller Generationen sich gerne und aus Überzeugung engagieren.

### **Bundesfreiwilligendienst (BFD)**

Mit dem Bundesfreiwilligendienst ([www.bundesfreiwilligendienst.de](http://www.bundesfreiwilligendienst.de)) möchten wir Menschen aller Generationen motivieren, sich für andere einzusetzen. Der BFD soll dabei helfen, die Folgen der Aussetzung des Zivildienstes für unsere soziale Infrastruktur zumindest teilweise zu kompensieren.

Der BFD ist ein Angebot, das erstmals Frauen und Männer jeden Alters offensteht und jedem, der in unserer Gesellschaft etwas bewegen will, eine ganze Palette an Möglichkeiten dazu bietet. Seit dem 1. Juli 2011 kann der BFD im sozialen und ökologischen Bereich, aber auch in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung sowie im Zivil- und Katastrophenschutz geleistet werden.

### **Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und**

### **Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)**

Gleichzeitig haben wir die bestehenden Jugendfreiwilligendienste, das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) weiter gestärkt. Damit investiert die Bundesregierung in einem noch nie dagewesenen Maße in das freiwillige Engagement. Mit BFD, FSJ und FÖJ kann es gelingen, erstmals jeder und jedem Interessierten einen Platz für freiwilliges Engagement zu bieten!

Meilensteine der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode (2009–2011)



# Notizen:

A series of horizontal dotted lines for writing notes, organized into two columns.





Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**

Bundesministerium für Familie,  
Senioren, Frauen  
und Jugend  
11018 Berlin  
www.bmfsfj.de



**Bezugsstelle:**

Publikationsversand der Bundesregierung  
Postfach 48 10 09  
18132 Rostock  
Tel.: 0180 5 778090\*  
Fax: 0180 5 778094\*  
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de  
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 0180 1907050\*\*

Fax: 030 18555-4400

Montag–Donnerstag 9–18 Uhr

E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115\*\*\*

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

**Artikelnummer:** 6BR32

**Stand:** August 2011

**Gestaltung:** www.familie-redlich.de

**Bildnachweis Frau Dr. Schröder:** BMFSFJ/L. Chaperon

**Bildnachweise: Corbis :** © A. Chederros/Onoky (S. 5), © Corbis (S. 35)

**istockphoto.com:** © ZoneCreative (S. 6), © STEVECOLECCS (S. 8), © ДЕМЕНТЬЕВ Леонид (S. 10), © Lloret (S. 11), © Yuri Arcurs (S. 14), © Dean Mitchell (S. 17), © lostinbids (S. 20), © gaborrac (S. 24), © RushOnPhotography (S. 25), © shironosov (S. 26), © Dean Mitchell (S. 29), © RapidEye (S. 32), **shutterstock.com:** © Yuri Arcurs (S. 3), © Morgan Lane Photography (S. 12), © Tracy Whiteside (S. 13), © Yuri Arcurs (S. 18), © Temych (S. 30),

**Fotolia.com:** © unikat (S. 23)

**Druck:** trigger.medien.gmbh, Berlin

\* Jeder Anruf kostet 14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.

\*\* 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

\*\*\* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter [www.d115.de](http://www.d115.de); 7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.